

Werra-Weser-Versalzung - Geheimnisverrat: Fund in der Aktentasche

Wann wird endlich in Kassel die Dienstaufsicht tätig?

Nach der Razzia im Hauptsitz der K+S AG wird nun auch wegen Geheimnisverrats ermittelt: Wie der Spiegel berichtet, sind in der Aktentasche des Vorstandsvorsitzenden Norbert Steiner behördeninterne Schriftsätze gefunden worden. Sie legen den Verdacht der Zusammenarbeit zwischen der K+S AG und zuständigen Behörden zum Zwecke der Strafvereitelung nahe.

Die Meininger Staatsanwaltschaft hat inzwischen etwa ein Dutzend K+S-Mitarbeiter sowie Beamte der Bergaufsicht in Thüringen wegen schwerer Gewässerverunreinigung angeklagt. Sie sollen gemeinsam Erlaubnisse zum Verpressen von Abwässern bewirkt haben, obwohl allen Beteiligten klar sein musste, dass diese u.a. gegen das Wasserhaushaltsgesetz verstoßen würden. Deshalb sollen auch "in Abstimmung mit der Behörde" Beweismittel verfälscht worden sein, etwa durch das Einpumpen von Süßwasser in Überwachungsbohrungen, um das aufgestiegene Salzwasser "zu verdrängen". Zudem soll K+S Gelegenheit bekommen haben, auf "unabhängige" Behördengutachten Einfluss zu nehmen.

Auch gegen das Regierungspräsidium Kassel werden Vorwürfe erhoben

Die beschlagnahmten Beweismittel betreffen nicht nur "alte Vorgänge und Genehmigungen in Thüringen", wie das Hessische Umweltministerium mehrfach mitteilte. Auch Beamte des Regierungspräsidiums Kassel sind im Visier der Strafverfolgungsbehörden. Das Verwaltungsgericht Kassel hat Ermittlungen von Amts wegen aufgenommen, weil K+S-Mitarbeiter und -Rechtsanwälte gemeinsam mit Behördenmitarbeitern Akten "bereinigt" haben sollen, bevor sie dem Gericht vorgelegt wurden. Das Gericht verlangt, die entfernten Aktenbestandteile nachzureichen.

Dieser Vorwurf der Kollusion wiegt noch schwerer als derjenige der Gewässerverunreinigung, insbesondere dann, wenn Behördenmitarbeiter ihre Befugnisse missbraucht haben und wenn man sich zu gemeinsamem Handeln verabredet hat. Die beschlagnahmten Beweismittel legen diesen Verdacht nahe.

Bisher keine Konsequenzen für beschuldigte Behördenmitarbeiter

Nach Auskunft der Hessischen Umweltministerin Priska Hinz (B'90/Die Grünen) sind die verdächtigten Behördenmitarbeiter bisher nicht von ihren Aufgaben bei der Erteilung von Genehmigungen für die K+S Kali GmbH entbunden worden. K+S erwartet noch Genehmigungen für das Verpressen von Abwasser in den Untergrund, für das Verdoppeln der Rückstandshalden und für die Verklappung von Abwässern in die Oberweser ("Oberweserpipeline").

Wenn auch jeder Beschuldigte bis zu seiner Verurteilung als unschuldig zu gelten hat, gibt es doch gewichtige Gründe, die betroffenen Mitarbeiter nicht weiter in denjenigen Bereichen arbeiten zu lassen, in denen ihnen Kollusion vorgeworfen wird. "Auch ist es für die Anrainer von Werra und Weser unerträglich, etwa vor Gericht denjenigen Behördenmitarbeitern und Rechtsanwälten wieder zu begegnen, denen vorgeworfen wird, sich zu ihrem Nachteil rechtswidrig verbündet zu haben", so Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V.

"Geheimnisverrat" - reicht es jetzt endlich?

Der erst jetzt bekannt gewordene Vorwurf des Geheimnisverrats macht überdeutlich, dass sich das Regierungspräsidium Kassel und die zuständige Dienstaufsicht in eine unhaltbare Situation gebracht haben. Verfehlungen einzelner Mitarbeiter durch Aussitzen zu erledigen, ist nicht das Gebot der Stunde. Damit legt die Behörde die Vermutung nahe, insgesamt in kriminelle Machenschaften verwickelt zu sein; auch der Regierungspräsident Dr. Lübke macht sich damit selbst verdächtig.



Dr. Walter Hölzel
Vorsitzender Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V.
05545-95 01 08
wwa.ev@web.de

Informieren Sie sich auf

www.wasser-in-not.de

Das Informationsportal zur Kali- und Salz-Problematik

Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. ist ein gemeinnütziger Zusammenschluss von Kommunen, Verbänden, Vereinen und Wirtschaftsunternehmen, die als Anrainer von Werra und Weser von der Versalzung der Flüsse durch die Abwässer der Kali-Industrie betroffen sind.